BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ratsfraktion - Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Geschäftsführung: Heike Nüchel

Telefon: 0551/400-2785

Telefax: 0551/400-2904

GrueneRatsfraktion@goettingen.de

www.gruene.de/goettingen

Antrag für den
Rat am 10.02.2006

27. Januar 2006

Offene Ganztagsgrundschulen für Göttingen!

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen,

an welchen Standorten, mit welchen Kosten und mit welchem Konzept „Offene Ganztagsgrundschulen“ in Göttingen eingerichtet werden können.

Leitlinien und Eckpunkte eines Konzeptes Offene Ganztagsgrundschule sind:

- Die Organisation der Betreuung erfolgt durch externe Träger.
- Generell werden nur solche Einrichtungen zu offiziellen Ganztagsgrundschulen umgewandelt, die sich - unterstützt von einem externen Träger - mit einem schlüssigen Konzept für die Nachmittagsbetreuung beworben haben.
- Eine verlässliche Betreuung von Schülerinnen und Schülern in einer Gruppe.
- Die Kinder werden während der Betreuungszeiten von einer pädagogischen Fachkraft als feste Bezugsperson betreut, die von weiteren MitarbeiterInnen unterstützt wird.
- Die Gruppengröße beträgt in der Regel 25 Kinder.
- In den Betreuungsgruppen werden die Kinder der Grundschulen an Schultagen nach Schulschluss bis 16.00 Uhr sowie während der Ferien und an schulfreien Tagen ganztags von 08.30 Uhr bis 16.00 Uhr betreut. An den Schultagen stellt die Schule eine Betreuung der Kinder bis um 13.00 Uhr sicher; es ist somit ein nahtloser Übergang von der Schule in die Betreuungsgruppe möglich.
- Angebote im Bereich Bewegung, Spiel und Sport sollten nach den Erfahrungen sowohl der pädagogischen Kräfte als auch der Eltern im Zentrum stehen, wenn es um die Auswahl der Angebote geht.
- In den Gruppen nehmen die Kinder gemeinsam ein Mittagessen ein. Danach bleibt noch Zeit zur Erledigung der Hausaufgaben und für gemeinsames Spielen.
- Die Kinder erfahren in einem kindgemäßen Umfeld Unterstützungen und Anregungen.

- Die Eigenaktivität der Schülerinnen und Schüler wird gestärkt, soziales Lernen gefördert und Gruppenfähigkeit entwickelt.
- Die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und ihrer Erziehungsberechtigten werden berücksichtigt.
- Eine neue Ganztagsgrundschule führt zwei Jahre nach Beginn mit Unterstützung des Schulträgers eine Evaluation ihrer Einrichtung durch.

Begründung:

Immer mehr Städte und Gemeinden in NRW, aber auch unsere Nachbarstadt Kassel sind dazu übergegangen die Trennung von Hort- und Schulangeboten aufzulösen und ein integriertes Ganztagsangebot zu machen, um die Entwicklung und Ausbildung sozial benachteiligter Kindern durch ihr Gemeinwesen besser zu unterstützen und um berufstätigen Eltern eine verlässliche und vom Zeitrahmen her ausreichende Unterbringung und Förderung ihrer Kinder zu ermöglichen.

Rolf Becker

Auszug - Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. "Offene Ganztagsgrundschulen für Göttingen"

Sitzung: RatGÖ/013/2006/01 40. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Göttingen

TOP: Ö 10

Gremium: Rat

Beschlussart: an Ausschuss verwiesen

Datum: Fr, 10.02.2006

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 16:00 - 19:50

Anlass: Ordentliche Sitzung

Raum: Ratssaal des Neuen Rathauses, Hiroshimaplatz 1 - 4, 37083 Göttingen

Ort:

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Schulausschuss zu überweisen.

Im Anschluss begründet Ratsherr Becker den Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion.

Er führt u.a. aus, dass nach seiner Einschätzung die 4. Klassen der Grundschulen nicht zu Orten der Auslese für das differenzierte mehrklassige Schulsystem werden dürften.

Weil die grundlegenden Schulen in den Klassen 1 - 4 nicht dafür sorgen könnten, dass Defizite im familiären Bereich ausgeglichen werden, würden somit die Weichen für weiterführende Schulen in unzureichendem Maße gestellt. Ein Grundschullehrer müsse heute schon frühzeitig zu Beginn der 4. Klasse darüber entscheiden, welche Empfehlung er einem Schüler für den einzuschlagenden Schulweg geben könne. Somit blieben maximal 3 Jahr Zeit, eine halbwegs wertfreie Betrachtung der Schulkinder durchzuführen, wobei Hindernisse, die im familiären Bereich entstünden, weitestgehend unberücksichtigt blieben.

Im Rahmen der Thematik „Schulabschlussquote steigern“ wurden bei einer Untersuchung zu dem Thema „Gewalt und Medien im Leben von Kindern und Jugendlichen“ 6.000 Kinder der 4. Klassen und 17.000 Jugendlichen in elf Städten und Landkreisen Deutschlands nach ihrem Medienverhalten befragt.

Danach unterscheide sich der Medienkonsum nach drei grundsätzlichen Mustern: nach Geschlecht, Nationalität und Religionen.

Anschließend nennt Ratsherr Becker einige Daten, die den erhöhten Konsum von PC und TV von Kindern deutlich machen.

Wenn man Chancengleichheit umsetzen wolle, müsse man das Bildungssystem dahingehend umwandeln, dass diejenigen mit den größten wirtschaftlichen und sozialen Mängeln bevorzugt würden. Unter diesem Aspekt sei der vorliegende Antrag zu betrachten. Es sollen Ressourcen bereitgestellt werden, um Fehlentwicklungen entgegen zu wirken. Dazu sollen die einzelnen Prüfpunkte des Antrages dienen.

Ratsherr Mönkemeier teilt mit, dass er sich diesen Ausführungen nicht umfassend anschließen könne. Auch wenn z.B. die IGS eine gute Schule sei und einen hervorragenden Ruf besäße, gelte das nicht für alle Gesamtschulen gleichermaßen.

Der Vorteil der IGS bestehe u.a. darin, dass man sich aus der großen Zahl von Bewerbungen 60 % der empfohlenen Gymnasiasten, 30 % der Realschulempfehlungen und 10 % der Hauptschüler aussuchen könne und somit auch nur ein kleiner Teil der angesprochenen, benachteiligten Schüler in Rede stünde.

Der vorliegende Antrag werfe eine Vielzahl von Fragen auf, auf die er anschließend näher eingeht.

Die politische Zielsetzung werde erst in der Begründung deutlich. Danach soll die Trennung zwischen Schule und Hort aufgehoben und ein integriertes Ganztagsangebot vorgehalten werden, was grundsätzlich auch von der CDU-Ratsfraktion begrüßt werde.

Es sei klar, dass dadurch Defizite in der familiären Erziehung minimiert werden könnten. Das Selbstbewusstsein der Schüler könne gestärkt sowie die Eigenaktivität und das soziale Verhalten gefördert werden.

Das in der Begründung angesprochene Modell aus Nordrhein-Westfalen sei aber nicht gänzlich auf die hiesigen Verhältnisse zu projizieren. Offene Ganztagsgrundschulen entstünden dort im Zusammenwirken von Land, Kommunen, freien und kirchlichen Trägern und der Wohlfahrtspflege. Sportvereine und kulturelle Einrichtungen seien dort ebenfalls beteiligt.

Die Schulverwaltung der Stadt Göttingen sei ohne die erforderliche Beteiligung des Landes völlig überfordert, die Begehrlichkeiten dieses Antrages zu erfüllen.

Weiterhin würde bei dem genannten Modell aus NRW auch das „Investitionsprogramm Zukunft, Bildung, Betreuung“ des Bundes mit einbezogen. Sonst ließen sich notwendige Investitionen nicht finanzieren.

Ganztagschule bedeute auch die Notwendigkeit gemeinsamer Mittagsverpflegung, die wiederum zusätzliche Mensabetriebe erforderlich mache.

Die Frage der Kosten sei immens und aus dem städtischen Haushalt nicht zu leisten.

Die CDU-Ratsfraktion stimme einer Überweisung in den Schulausschuss trotzdem zu, damit detailliert über die erforderlichen Maßnahmen diskutiert werden könne.

Stadtrat Meyer weist darauf hin, dass die Schulverwaltung schon an dieser Thematik arbeite und sich mitnichten überfordert fühle.

Die Ganztagschule sei nach seiner Einschätzung die familienfreundlichste Schule und sollte in allen Bereichen auch umgesetzt werden.

Derzeit gebe es bereits mit der Erich Kästner Schule eine Ganztagsgrundschule.

Aber auch wenn man die baulichen und sonstigen Voraussetzungen für Ganztagsgrundschulen schaffen würde, scheitere das Anliegen hauptsächlich an der mangelnden Lehrerversorgung.

Problematisch sei weiterhin, dass z.B. die Teilnahme an der Mittagsverpflegung an Ganztagschulen nicht verpflichtend sei und somit eine Kostendeckung nicht erreicht werden könne. In Kenntnis dieser Schwierigkeiten müsse man sich Gedanken über Lösungen machen.

So sollte man neben der konsequenten Forderung nach verpflichtender Teilnahme an der Verpflegung z.B. auch über Veränderungen im Tagesrhythmus nachdenken.

Auch die Raumnutzungen in den Schulen außerhalb der Schulzeiten müsse in die Überlegungen mit einfließen.

Weiterhin gebe es neben den Schulen mit den vorhandenen Kinder- und Jugendhäusern auch weitere Einrichtungen, die hiermit verknüpft werden könnten. Es könnte ein Modell entwickelt werden, dass auch auf andere Bereiche übertragbar sein müsse.

Ratsfrau Paz-Barfuß teilt mit, dass nach ihrer Einschätzung die Einrichtung von Ganztagsgrundschulen nicht allein die Lösung für das Bildungsproblem in Deutschland sei.

Die Konsumgesellschaft, in der sich die Kinder- und Jugendlichen befinden, hätten einen größeren Einfluss als es mit der Einrichtung von ganztägiger Betreuung jemals vermieden werden könnte. Die Schuld hierfür sei nicht nur auf die Eltern - insbesondere in den sozial schwächeren Bereichen - abzuschieben. Generelle gesellschaftliche Probleme gelte es zu lösen.

Es gebe vielerlei Ursachen dafür, dass Kinder sich nicht so verhielten, wie es sich Lehrer wünschten. Einem Großteil der Lehrer fehle es ihrer Meinung nach an emotionaler Kompetenz mangle und betrachteten nur den schulischen Ablauf.

Die Ursachen müssten durchleuchtet werden, nicht die Symptome.

Man müsse an den Situationen etwas verändern, in denen Familien in Göttingen teilweise leben müssten. Solange es Unterkünfte wie z.B. die „Treppchenhäuser“ im Maschmühlenweg gebe, könne von einer familienfreundlichen Stadt nicht gesprochen werden.

Zu der angesprochenen „Erich Kästner Schule“ äußert Ratsfrau Paz-Barfuß ihre Zweifel an einer gut funktionierenden Ganztagsgrundschule. Die Verhältnisse dort seien improvisiert und führten zu Unzufriedenheit bei den Schülern. Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern könne auch nicht gesprochen werden. Dies sei aber grundsätzliche Voraussetzung, das angestrebte Ziel zu erlangen.

Für die SPD-Ratsfraktion teilt Ratsherr Klecha aus, dass schon längst hätte etwas geschehen müssen und ein vernünftiges Ganztagsschulprogramm schon längst bei den Grundschulen hätte installiert werden müssen. Das sei schon deshalb nicht umgesetzt worden, weil die Landesregierung die dafür vorgesehen Mittel nicht zielgerichtet weitergeleitet habe. Andere Bundesländer hätten andere Schwerpunkte gesetzt.

Nach seiner Einschätzung sei eine Ganztagsbeschulung vorrangig in den Grundschulen anzusiedeln.

Über dieses wichtige und weitreichende Thema müsse ausführlich im Schulausschuss diskutiert werden. Die SPD-Ratsfraktion stimme daher einer Überweisung auf jeden Fall zu.

Ratsfrau Eckel weist darauf hin, dass man gemeinsam im Schulausschuss über die Einrichtung von Ganztagschulen beraten hätte und die Entscheidungen ebenso einvernehmlich getroffen wurden. Dass dabei lediglich eine Grundschule berücksichtigt wurde, sei gemeinsam so beschlossen

worden.

Stadträtin Dr. Schlapeit-Beck weist auf das unbefriedigende Nebeneinander von Jugendhilfe und Schule im Grundschulbereich hin. Dieses gelte es zu überwinden.

In Anbetracht der Tatsache, dass von der Stadt Göttingen über 600 Hortplätze angeboten würden und es daneben noch 5 weitere Kinderhäuser für die gleiche Altersgruppe (6 - 12 Jahre) gebe, müsse man versuchen, die vorhandenen Ressourcen zu einem effektiven System der Ganztagsversorgung zu bündeln.

Ratsherr Becker teilt mit, dass die grundsätzliche Problematik darin bestehe, dass Schule und Jugendhilfe in unterschiedlichen Dezernaten beheimatet seien.

Das erkläre z.B. auch Fragen danach, ob und wie Schulräume außerschulisch sinnvoll genutzt werden könnten.

Sodann beschließt der Rat einstimmig, den folgenden Antrag zur weiteren Beratung in den Schulausschuss zu überweisen:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen,

an welchen Standorten, mit welchen Kosten und mit welchem Konzept „Offene Ganztagsgrundschulen“ in Göttingen eingerichtet werden können.

Leitlinien und Eckpunkte eines Konzeptes Offene Ganztagsgrundschule sind:

- Die Organisation der Betreuung erfolgt durch externe Träger.
- Generell werden nur solche Einrichtungen zu offiziellen Ganztagsgrundschulen umgewandelt, die sich - unterstützt von einem externen Träger, - mit einem schlüssigen Konzept für die Nachmittagsbetreuung beworben haben.
- Eine verlässliche Betreuung von Schülerinnen und Schülern in einer Gruppe.
- Die Kinder werden während der Betreuungszeiten von einer pädagogischen Fachkraft als feste Bezugsperson betreut, die von weiteren MitarbeiterInnen unterstützt wird.
- Die Gruppengröße beträgt in der Regel 25 Kinder.
- In den Betreuungsgruppen werden die Kinder der Grundschulen an Schultagen nach Schulschluss bis 16.00 Uhr sowie während der Ferien und an schulfreien Tagen ganztags von 08.30 Uhr bis 16.00 Uhr betreut. An den Schultagen stellt die Schule eine Betreuung der Kinder bis um 13.00 Uhr sicher; es ist somit ein nahtloser Übergang von der Schule in die Betreuungsgruppe möglich.
- Angebote im Bereich Bewegung, Spiel und Sport sollten nach den Erfahrungen sowohl der pädagogischen Kräfte als auch der Eltern im Zentrum stehen, wenn es um die Auswahl der Angebote geht.
- In den Gruppen nehmen die Kinder gemeinsam ein Mittagessen ein. Danach bleibt noch Zeit zur Erledigung der Hausaufgaben und für gemeinsames Spielen.
- Die Kinder erfahren in einem kindgemäßen Umfeld Unterstützungen und Anregungen.
- Die Eigenaktivität der Schülerinnen und Schüler wird gestärkt, soziales Lernen gefördert und Gruppenfähigkeit entwickelt.
- Die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und ihrer Erziehungsberechtigten werden berücksichtigt.
- Eine neue Ganztagsgrundschule führt zwei Jahre nach Beginn mit Unterstützung des Schulträgers eine Evaluation ihrer Einrichtung durch.

Im Anschluss wird in der Zeit von 18.25 - 18.30 Uhr die Einwohnerfragestunde durchgeführt.

Die Frage von Herrn Kunze betr. Genehmigung des städtischen Haushaltes beantwortet Erster Stadt Suermann.